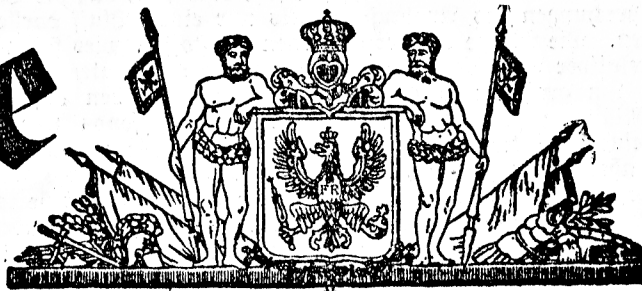


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurzzettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub> % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 060.

## Burgfriede in Oberschlesien.

### Deutsch-polnische Vereinbarungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

we Breslau, 17. August.

Auf Anregung der neugebildeten Vertretung des polnisch gesinnten Volksteiles Oberschlesiens, des Obersten Polnischen Volkstages, hat, wie schon gemeldet, am vergangenen Freitag, 12. August, in Beuthen eine Vorbesprechung zwischen Deutschen und Polen im Keinen Kreise stattgefunden. Darin wurde beschlossen, eine gemeinsame Versammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens einzuberufen.

Diese Versammlung hat am 16. August in Kattowitz stattgefunden. Alle deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften waren durch ihre berufenen Führer vertreten. Zweck der Versammlung war die Besprechung von Maßnahmen, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein friedliches Verhältnis anzubahnen.

Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die berufenen Vertretungen beider Nationalitäten getrennte Aufrufe an die oberschlesische Bevölkerung veröffentlichten, die dem Sinne nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und polnischen Zeitungen des Landes erscheinen werden. Die Aufrufe betonen die Notwendigkeit der Ueberbrückung der nationalen Gegensätze, erklären sich gegen jede gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage, gegen Gewalttätigkeiten und Bedrohung Andersdenkender und künden die Bildung paritätischer, aus Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzter Ausschüsse an, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit die Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werde.

### Briands Antwort an Lloyd George.

Drahtmeldung.

Paris, 17. August. (E. U.)

Der französische Ministerpräsident Briand hat heute Abend die Vertreter der Presse empfangen und ihnen folgende Erklärung zur gestrigen Rede Lloyd Georges gegeben: Offen gestanden, ich fühle kein Bedürfnis, die Polemik des Obersten Rates fortzusetzen. Sie hat lange genug gedauert. Jetzt ist die Angelegenheit dem Völkerbundsrat überwiesen worden, der aus acht Mitgliedern besteht, die alle volle Unabhängigkeit besitzen.

Einer der anwesenden Journalisten unterbrach Briand und fragte ihn: Können Sie die Rede des englischen Premierministers im Unterhause ohne Antwort lassen, können Sie uns nicht in einigen Worten sagen, was Sie davon halten?

Briand ärgerte einige Momente und erwiderte dann: Herr Lloyd George führt mit Unrecht unsere Haltung auf die einzige Sorge unserer Sicherheit zurück. Wir sind genau wie Herr Lloyd George für die Gerechtigkeit und für die Ausführung des Vertrages. Unser Standpunkt scheidet sich nur in der Auslegung des Artikels 88 und besonders in der Beurteilung des Geistes, aus dem heraus die Abstimmung in Oberschlesien beschlossen worden war. Das Gutachten des Völkerbundsrates wird in dieser Hinsicht entscheiden.

Im Verlaufe der Sitzung des Obersten Rates waren wir in zwei Punkten völlig einig. Unsere Sachverständigen hatten einstimmig folgende Beschlüsse angenommen:

1. Der Vertrag enthält im Prinzip und in der Tat die Teilung Oberschlesiens.

2. Für diese Teilung, die nach dem Wunsche der Einwohner vorgenommen werden soll, sollen die ethnographischen Wahrnehmungen vorherrschend sein.

Wenn man eine Karte Oberschlesiens betrachtet, so teilt man nach dem ersten Blick und aus einer Bewegung der Logik heraus das Gebiet in zwei Teile, nämlich:

1. daß nach der Abstimmung im Westen eine deutsche Mehrheit vorliegt.

2. daß im östlichen Gebiet eine polnische Mehrheit vorhanden ist. Frankreich hat von vornherein vorgeschlagen, daß die Teilung von diesem Standpunkt aus erfolgen soll. Man hat uns jedoch den Artikel 88 des Friedensvertrages entgegengehalten. Es müsse da bestimmt werden, was man überhaupt unter dem Begriff „Industriegebiet“ versteht.

Wir waren der Ansicht, daß, da die Fabriken von den Bergwerken abhängen, der Artikel 88 auf das ganze Gebiet Bezug haben müsse. In diesem Gebiet hat jedoch Polen unbestreitbar die Mehrheit. Man muß zugeben, daß diese Auslegung dem Geiste des Vertrages entspricht.

Die englische Delegation wollte sich jedoch diesem Standpunkt nicht anschließen. Deshalb wurden die Sachverständigen beauftragt, die Grenzen eines äußerst beschränkten Industriegebietes festzusetzen, und Gründe dafür vorzulegen, ob dies Gebiet teilbar ist oder nicht. Die Engländer sagten nein, wir sagten ja.

Dieselbe Uneinigkeit stellte sich heraus, als es sich darum handelte, den Anschluß an das rein politische Gebiet herzustellen, das dem streitigen Gebiet, das der Industrie unentbehrliche Wasser liefert. So als die Frage der Zinkbergwerke und Zinkfabriken geregelt werden sollte, und ich will von der Frage der Eisenbahnen nicht sprechen.

Das sind die Hauptgründe unserer Uneinigkeit. Ich konnte nicht zugeben, daß aus dem Geiste des Vertrages heraus, der die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch anerkennt, Deutschland eine große Mehrheit polnischer Stimmen erhalten sollte, während Polen selbst nur einen verschwindend kleinen Teil deutscher Stimmen erhalten sollte, und das nur deshalb, weil Deutschland vor 50 Jahren mit den Milliarden, die es Frankreich abgerungen hat, eine Industrie in einem Gebiete herstellte, das ethnographisch rein polnisch war.

Das ist der Meinungsunterschied, der jetzt vor den Völkerbund gebracht worden ist. Briand schloß mit den Worten: Von jetzt an lege ich mir Schweigen auf, und ich werde nicht derselbe sein, der dieses Schweigen brechen wird.

## Die Fünffirchener Republik.

Ein Schritt der Großmächte bei Jugoslawien. Belgrader Vorstellungen bei der Entente.

kl Wien, 17. August.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich heute mit der Lage in dem Gebiete von Baranya. Es wurde beschlossen, in Belgrad sofort einen Schritt zu unternehmen und der jugoslawischen Regierung die Notwendigkeit in Erinnerung zu bringen, die ungarischen Gebiete entsprechend dem Friedensvertrag von Trianon unverzüglich zu räumen. Weiter sollen der jugoslawischen Regierung die diesbezüglichen früheren Mitteilungen der Botschafterkonferenz in Erinnerung gebracht werden.

Belgrad, 17. August.

Amlich wird gemeldet: Ministerpräsident Paschitsch empfing eine ungarisch-serbische Abordnung der Fünffirchener Republik, welche erklärte, die ungarische Okkupation abzulehnen, sich dieser mit Waffengewalt zu widersetzen und um diplomatische und militärische Hilfe des jugoslawischen Königreichs bat.

Paschitsch erklärte der Delegation, die Lösung der slawischen Frage werde unabhängig durch einen internationalen Vertrag geregelt werden, über den die Friedenskonferenz allein zu entscheiden habe. Ein gewaltsames Vorgehen erscheine jedoch eine leichte Lösung. Die königliche Regierung begreife die Aufregung der Bevölkerung angesichts der Nachrichten über die Evakuierung und ihre Befürchtung möglicher Ereignisse, und habe daher bereits Schritte zwecks Hinausschiebung der Räumung unternommen und werde diese umgehend wiederholen.

kl Wien, 17. August.

Die meisten Budapest-Zeitungen veröffentlichten immer schärfere Artikel gegen Deutsch-Oesterreich, entsprechend der Rede, in der Ministerpräsident Graf Bethlen „Retoriktionen“ angekündigt hatte. Auch der „Pester Lloyd“ schreibt in einem Leitartikel, „Bruch mit Oesterreich“, daß sich beide Staaten hinfort als Feinde gegenüberstünden.

Dem „Nacht-Uhr-Blatt“ wird aus Budapest gemeldet, die Uebergabe des Burgenlandes werde nicht so glatt vonstatten gehen, wie man es sich in Wien vorstelle. Die ungarische Regierung wird aufgefordert, offen zu erklären, was in der westungarischen Frage geschehen sei, um festzustellen, wer Schuld daran trägt, daß der ungarische Kompromiß-Standpunkt so scharf abgelehnt werde, und ob noch Hoffnung vorhanden sei, zu irgendeinem Uebereinkommen mit Deutsch-Oesterreich zu gelangen. Im Auswärtigen Ausschuss wird heute an die Regierung die Frage gerichtet werden, ob Sorge dafür getragen worden sei, daß die Kunstschätze und anderen Werte aus Westungarn rechtzeitig gerettet werden können; auch will man Garantien fordern, daß jene Personen, die sich für das Verbleiben Westungarns bei Ungarn exponiert haben, von der österreichischen Regierung unbehelligt bleiben.

## Rußlands Wirtschaft.

Von  
B. S. Etkin.

Das Rußland von heute steht im Zeichen einer furchtbaren Hungersnot. Infolge der Dürre sind die fruchtbarsten Gegenden Rußlands, die sogenannten „Schwarzerde“-Distrikte, durch eine noch nie dagewesene Missernte getroffen. Katastrophale Missernten sind auch der neueren Geschichte Rußlands bekannt. Allerdings als vor dreißig Jahren das Wolgagebiet zum letztenmal von einer Hungersnot betroffen wurde, funktionierte in Rußland ein normal arbeitender Verwaltungsapparat, funktionierte das Eisenbahnnetz, arbeitete die Industrie und ein normaler Warenaustausch zwischen der Stadt und dem Lande war im Gange. Heute ist Rußland durch die langen Kriegsjahre und den Bolschewismus bis zum letzten erschöpft. Der alte Handelsapparat ist zerstört, das Transportwesen ist so gut wie lahmgelegt, der größte Teil der Industrie steht still, eine Rechtsordnung fehlt gänzlich.

Was Rußland unter solchen Verhältnissen noch zu erwarten hat, ist entsetzlich auszubedenken. Mehr als wahrscheinlich ist, daß die Rußland jetzt bevorstehenden Leiden und Erfahrungen den Uebergang zu einer neuen Periode bilden werden, deren Umrisse man sich nur schwer vorstellen kann. Gerade deshalb ist es sehr wichtig, die augenblickliche wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands in ihren Hauptzügen zu skizzieren.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands läßt keine Anzeichen der Besserung erkennen. Der Prozeß der permanenten Zerstörung dauert fort. Bis in die letzte Zeit hinein lebte Sowjetrußland, was auch von den bolschewistischen Wirtschaftstheoretikern (Ryloff, Wlilutin) bestätigt wird, nur von den Vorräten der vorrevolutionären Zeit. Die radikale Verschlechterung der Lage, die sich in der letzten Zeit bemerkbar macht, wird durch die Erschöpfung dieser Vorräte hervorgerufen.

Am prägnantesten wird die Lage durch den Stand der metallurgischen Industrie charakterisiert. Im Laufe des ganzen Jahres 1920 wurden in Rußland 2 700 000 Pud\*) Gußeisen produziert; die Produktion des industriellen Südens betrug während derselben Zeit 5 v. H. der Friedensproduktion\*\*). Die Eisen- und Stahlproduktion im Laufe der ersten Hälfte des vorigen Jahres betrug 4,5 Millionen Pud, das heißt 4 v. H. der Friedensproduktion. Das wichtigste Erzgebirgsgebiet, der Krivoi-Rog, ist in völligen Verfall geraten. Die Erzproduktion im ersten Vierteljahr 1921 betrug 2,4 Millionen Pud, das heißt 2 v. H. der Friedensproduktion.

Einen relativ günstigeren äußeren Eindruck macht die Brennstoffproduktion. Die Kohlenproduktion während der ersten Hälfte des vorigen Jahres erreichte ein Viertel der Friedensproduktion (225 Millionen Pud). Bei näheren Betrachtungen verblaßt aber auch dieses relativ günstige Bild, da bei einer solchen Produktionshöhe der eigene Bedarf nicht weniger als die Hälfte der geförderten Kohlenmenge verschlingt. So z. B. wurden im Dezember 1920 im Donezbecken gegen 32 Millionen Pud gefördert, wobei für den eigenen Bedarf mehr als 16 Millionen Pud verausgabt wurden, so daß nur weniger als die Hälfte der Industrie zugewendet werden konnte. Im Jahre 1921 fiel die Kohlenproduktion wieder. Im Donezbecken wurden im April 29,9 Millionen Pud gefördert und davon wurden 16,6 Millionen Pud ausgeführt, im Mai 24,3 Millionen Pud gefördert und 13,9 Millionen Pud ausgeführt.

Die Lage der Textilindustrie ist nicht besser als die anderer Industriezweige. Die Produktion der Baumwollfabriken im Laufe der ersten Hälfte 1920 erreichte nur 330 000 Pud, das heißt 3,3 v. H. der Friedensproduktion. Ein ähnliches Bild zeigen während dieser Zeit mehrere Industriezweige. So z. B. beträgt die Zuckerproduktion 5,5 v. H. der Friedensproduktion, die Farbenproduktion 2,2 v. H., die Gummiwarenproduktion 1,7 v. H. Relativ günstiger ist die Lage der Papierindustrie (15,2 v. H.), der chemischen Produktion (10,4 v. H.), der Leinenfabriken (33 v. H.).

Die Lage des Transportwesens wird auch schlimmer. Die Zahl der inaktiven Lokomotiven beträgt 16 000. Neulich teilte die „Ekonomiticheskaja Schijn“ mit, daß der Bestand des rollenden Materials seit Beginn dieses Jahres sich verringert hat, und zwar ist die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven von 7729 am 1. Januar auf 7391 am 1. März zurückgegangen. Was die Waggonen anbelangt, bemerkt dasselbe (amtliche) Wirtschaftsblatt, daß auf dem gesamten Eisenbahnnetz des bolschewistischen Rußlands nicht ein einziger vollkommen intakter Eisenbahnwagen zu finden sei.

\*) 1 Pud = 16,4 Kilogramm.

\*\*) Von den verschiedenen und vielfach sich widersprechenden Angaben der bolschewistischen Statistik führen wir die günstigsten an. Nach den Angaben Larins betrug die Gußeisenproduktion im Laufe der ersten Hälfte 1920: 2,4 v. H. der Friedensproduktion. — Alle in diesem Artikel angeführten Zahlen stammen ausschließlich aus bolschewistischen Quellen.